

Ein Jahr Comprehensive Peace Agreement im Sudan: Perspektiven des Friedensprozesses

Hanspeter Mattes

Nachricht:

Sudan erlebt den ersten Jahrestag des umfassenden Friedensabkommens zwischen der Regierung und der (süd)sudanesischen Befreiungsbewegung SPLM.

Analyse:

Der Jahrestag ist Anlass, die bisherige Umsetzung der Friedensvereinbarungen zu analysieren und nach den künftigen Perspektiven zu fragen, steht doch am Ende der vereinbarten sechsjährigen Interimsperiode das Referendum über die Sezession des Südsudan. Das sudanesisches Friedensabkommen erweist sich als dadurch belastet, dass es exklusiv zwischen der Regierung und der SPLM geschlossen wurde ohne andere südsudanesischen Kräfte und Oppositionsgruppen einzubeziehen.

- Entscheidend für den Fortgang des Friedensprozesses bleibt der Wille der Regierung in Khartum, die im Friedensabkommen gemachten Zusagen auch de facto zu erfüllen und die Legitimitätsbasis durch Berücksichtigung bislang marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu verbreitern.
- Die SPLM-dominierte südsudanesischen Regierung unter Salva Kiir steht vor der Aufgabe, die autoritären Strukturen des „System Garang“ zu überwinden und die ethnische Dominanz der Dinka in den administrativen Strukturen abzubauen.
- Von Bedeutung für Konsolidierung und Stabilität des Friedensprozesses ist schließlich auch, dass die internationale Gemeinschaft ihre Zusage zur Entsendung einer UN-Friedensmacht zügig umsetzt.

Key Words: Sudan, Friedensprozess, Innenpolitik, Verfassung

1. Einleitung

Im Sudan, dem größten Flächenstaat Afrikas und damit zwangsläufig multiethnisch und multireligiös, war nach der Unabhängigkeit am 1. Januar 1956 eine konfliktbeladene innenpolitische Entwicklung insbesondere zwischen dem arabisch und islamisch dominierten Nordsudan und dem schwarzafrikanischen, vom Christentum und den afrikanischen Naturreligionen geprägten Südsudan programmiert. Fünf Konfliktdimensionen und die Struktur des postkolonialen Staates determinierten und determinieren auch weiterhin das Verhältnis zwischen Nord- und Südsudan, das seit 1955 mit Ausnahme des Zeitraums 1972-1983 von kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichnet war und erst mit dem Machakos-Protokoll 2002 in eine Verhandlungsphase eintrat, die mit der Unterzeichnung des *Comprehensive Peace Agreement* (CPA) abgeschlossen wurde. Die fünf Konfliktdimensionen sind:

1. die historischen Nach- und Auswirkungen der im 7. Jahrhundert einsetzenden Arabisierung- und Islamisierungspolitik, die erst während der Kolonialzeit seit den 1920er Jahren (im Rahmen der so genannten „Southern policy“) aufgegeben wurde, um nach der Unabhängigkeit sukzessive wieder aufgenommen zu werden. Das Ressentiment der Südsudanesen gegen die arabischen Nordsudanesen und die historische Erfahrung der Sklaverei wirken bis heute stark nach;
2. die ethnische Heterogenität bei quantitativer Dominanz der Araber (45% der Bevölkerung). Im Südsudan, der rd. 25% der Gesamtbevölkerung umfasst, dominieren die teilweise miteinander rivalisierenden Niloten (u.a. Dinka, Nuer, Shilluk);
3. die sprachliche Heterogenität. Die Dominanz des Arabischen hat nach 1956 zu dessen Einführung als Amtssprache und damit zu dessen Aufwertung geführt, während im Südsudan Englisch zur lingua franca wurde. Zwischen Arabisch- und Englischsprechern besteht bis heute ein deutliches Spannungsverhältnis;
4. die religiösen Auseinandersetzungen, die zwei Aspekte haben. Zum einen geht es um die generelle Stellung der Religion im Staat, die bislang von der Dominanz des islamischen Gesellschaftskonzeptes zu Lasten des Säkularisierungsprinzips gekennzeichnet war. Zum anderen bestehen innerhalb der seit der Un-

- abhängigkeit praktizierten Islamisierungspolitik Differenzen mit den Befürwortern eines radikalen Schariaanspruchs, wie er 1983-1985 und seit 1989 mindestens bis zum Abschluss des CPA von der Regierung vertreten wurde;
5. die unterschiedlichen Ansprüche auf die Ressourcen Wasser, Land und Erdöl, wobei insbesondere die großen Ölfelder im nördlichen Südsudan die Begehrlichkeit der nordsudanesischen Regierung im Hinblick auf ungeteilte Verfügungsgewalt geweckt haben.

Hinzu kommt die trotz periodischer Wahlen autoritäre Struktur des sudanesischen Staates, dessen antiplurales Grundverständnis zu demokratischen Defiziten und massiven Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Der daraus resultierende Konflikt mit der politischen Opposition ist bis heute ungelöst.

Ob der am 9. Januar 2005 vereinbarte Friedensprozess, insbesondere das nach Ablauf einer sechsjährigen Interimsperiode durchzuführende Selbstbestimmungsreferendum, tatsächlich den derzeitigen Friedenszustand fortschreibt, hängt nicht nur von der direkten Erfüllung der CPA-Vereinbarungen ab, sondern auch davon, wie weit die genannten fünf Konfliktdimensionen abgebaut und die zentralistische Struktur des Staates mit seiner Konzentration bei der Postenbesetzung auf die nordsudanesischen arabischen Elite überwunden wird. Denn trotz des Friedensvertrages zwischen Nord- und Südsudan ist das Land immer noch im Bürgerkrieg: In Darfur, Kordofan und im Red Sea State kämpfen gegenwärtig Vertreter der „marginalisierten Mehrheit“ gegen ihre Benachteiligung beim Zugang zu politischer Macht und wirtschaftlichen Ressourcen, und auch die Spannungen mit der (demokratischen) Opposition befinden sich bestenfalls in einem fragilen Befriedigungsprozess.

2. Das Comprehensive Peace Agreement vom 9. Januar 2005

Das CPA ist das kumulierte Ergebnis sieben langer Verhandlungsrunden, die im Frühsommer 2002 im kenianischen Machakos begannen und am 31. Dezember 2004 im kenianischen Naivasha mit der Unterzeichnung der *Implementation Modalities* endeten. Das in Machakos am 20. Juli 2002 unterzeichnete Verhandlungsrahmenprotokoll, die Sicherheitsübereinkommen (Naivas-

ha, 25. September 2003), die Regelungen zu *Power Sharing* (Naivasha, 26. Mai 2004) und *Wealth Sharing* (Naivasha, 7. Januar 2004), die Resolutionen zum Konflikt um die Region Abyei und zu den Staaten Südkordofan und Blue Nile (Naivasha, 26. Mai 2004) sowie das Abkommen über den ständigen Waffenstillstand (Naivasha, 31. Dezember 2004) sind integrale Bestandteile des 242 Seiten umfassenden CPA¹, das am 9. Januar 2005 in einer feierlichen Zeremonie in Nairobi im Beisein u.a. von Vizepräsident Ali Uthman Taha, dem Führer der *Sudan People's Liberation Movement/Army* (SPLM/SPLA) John Garang, mehreren afrikanischen Staatschefs und US-Außenminister Powell unterzeichnet wurde. Zu den wichtigsten Regelungen des CPA zählen u.a.

1. die Zubilligung eines Autonomiestatus für den Südsudan für eine Übergangszeit von sechs Jahren. 2011 soll dann ein Selbstbestimmungsreferendum mit der Möglichkeit einer Sezession stattfinden;
2. die Aufteilung der politischen Ämter in der Zentralverwaltung bzw. der Übergangsregierung im Verhältnis 70 (Nordsudan) zu 30 (Südsudan); in den Konfliktterritorien Abyei, Blue Nile State und Nuba soll das Verhältnis bei 55 zu 45 liegen. Staatschef bleibt Feldmarschall Hasan al-Bashir, Erster Vizepräsident wird der Führer der SPLA John Garang;
3. die Aufteilung der Erdöleinnahmen zwischen Zentralregierung und südsudanesischer Regierung im Verhältnis 50 zu 50. Zudem wird einem dualen Bankensystem und einer eigenen südsudanesischen Währung zugestimmt;
4. die Beschränkung des islamischen Rechts (Scharia) auf den Nordsudan. Nichtmuslimische Südsudanesen sind auch im Nordsudan von der Anwendung der Scharia ausgenommen; die Verfassung ist entsprechend zu modifizieren. Der Status der Scharia im Hauptstadtgebiet (Khartum State) ist neu zu regeln;
5. die Neuordnung der Streitkräfte. Der Nord- und der Südsudan unterhalten eigene Streitkräfte. Die bislang im Südsudan stationierten 91.000 Mann der Sudanese Armed Forces (SAF) werden binnen zweieinhalb Jahren in den Nordsudan verlegt, die SPLA zieht ihre

Streitkräfte binnen acht Monaten auf südsudanesisches Gebiet zurück. Für Spezialaufgaben in den umstrittenen Territorien Abyei, Nuba und Blue Nile State wird während der Übergangszeit eine gemeinsame 21.000 Mann starke integrierte Streitkraft gebildet.

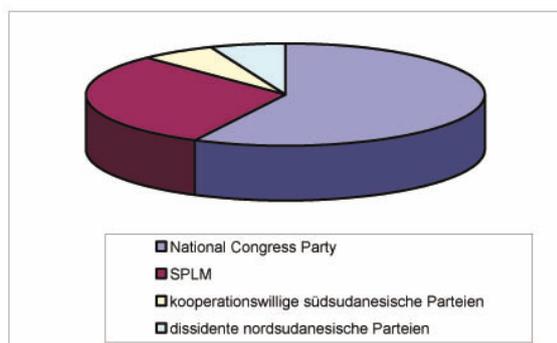
Die Umsetzung der CPA-Bestimmungen sollte gemäß den im Dezember 2004 vereinbarten *Implementation Modalities* in zwei Etappen erfolgen, nämlich einer mit der Unterzeichnung am 9. Januar 2005 beginnenden sechsmonatigen sogenannten Präinterimsperiode und der sich daran anschließenden, vom Referendum 2011 abgeschlossenen international überwachten Interimsperiode. Vor allem in der Vorübergangszeit sollten die Reorganisationsaufgaben abgeschlossen und die Institutionen gebildet werden, mit denen die politische Kooperation beider Seiten bis zum Ende der Übergangszeit geregelt werden soll. Auch wenn die sechsmonatige Frist nicht für alle Einzelmaßnahmen (s.u.) eingehalten wurde, so ist dennoch Ende 2005 hinsichtlich der Erfüllung der CPA-Bestimmungen und der institutionellen Neuordnung eine positive Bilanz zu ziehen, trotz der politischen Turbulenzen, die sich aus dem Unfalltod von SPLM-Führer und Vizepräsident Garang am 30. Juli 2005 ergeben hatten.

2.1. Die Umsetzung der CPA-Bestimmungen 2005

Bei der Umsetzung der CPA-Bestimmungen war und ist zwischen zentralstaatlicher und südsudanesischer Arbeitsebene zu unterscheiden. Auf zentralstaatlicher Ebene waren die beiden größten zu bewältigenden Hürden die Verfassungsrevision und die Bildung der neuen Regierung der nationalen Einheit. Nachdem mit der Ratifizierung des CPA durch den Nationalen Befreiungsrat des SPLM am 24. Januar 2005 und durch das sudanesisches Parlament am 1. Februar 2005 (Unterzeichnung des CPA durch Präsident Bashir am 6. Februar 2005) die juristischen Voraussetzungen für das weitere Prozedere geschaffen waren, nahm nach langwierigen und fehlgeschlagenen Verhandlungen mit der nord-sudanesischen Opposition über deren Vertretungsproporz die 60köpfige *National Constitutional Review Commission* (NCRC) am 3. Mai 2005 ihre Arbeit auf. Die von elf Parteien (darunter die National Democratic Alliance, die People's

¹ Vgl. den vollständigen Text unter: www.iss.co.za/AF/profiles/Sudan/darfur/compax.

Schaubild 1: Verteilung der Kabinettsposten



Quelle: Darstellung des Verfassers.

National Congress von Hasan al-Turabi, Democratic Union Party von Uthman al-Mirghani und die von Sadiq al-Mahdi geführte Umma-Partei) boykottierte NCRC vermochte es dank der hohen Kohäsion zwischen der National Congress Party (NCP) und der SPLM binnen acht Wochen einen revidierten Verfassungstext vorzulegen (Übergabe des Textes an Präsident Bashir am 26. Juni). Dieser fand am 6. Juli 2005 sowohl die Zustimmung des Parlaments in Khartum als auch die des Nationalen Befreiungsrates des SPLM, so dass pünktlich zum Ende der sechsmonatigen Präinterimsperiode Präsident Bashir am 9. Juli die Verfassung mit seiner Unterschrift in Kraft setzen und John Garang sein Amt als Erster Vizepräsident antreten konnte. Die Verfassungsannahme brachte nicht nur die Aufstockung des 330 Sitze umfassenden Parlaments um 100 Sitze für die Vertreter des Südsudan, die Bildung eines Staatsrates (Zweite Parlamentskammer als Vertretung der föderalen 26 Bundesstaaten) und die vereinbarte Beschränkung des islamischen Rechts, sondern setzte auch die Autonomieregelungen für den Südsudan in Kraft, an dessen Spitze als Chef der *Regierung des Südsudan* (GoSS) John Garang und nach dessen Tod sein Stellvertreter Commander Salva Kiir² rückte. Im

² Am 30. Juli 2005 kam Vizepräsident John Garang, kaum drei Wochen im Amt, auf dem Rückflug von Uganda beim Absturz seines Hubschraubers ums Leben. Spekulationen über einen gewaltsamen Tod (Sabotage) führten zu gewalttätigen Ausschreitungen südsudanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge besonders in Khartum (über 100 Tote, 3.400 Verhaftungen), wo deshalb vom 1. bis 14. August eine Ausgangssperre verhängt wurde. Der Tod Garangs machte die Neubesetzung des Amtes des SPLM-Führers, des Ersten Vizepräsidenten der Republik und des Chefs der GoSS erforderlich. Der National-

Kabinett ging der Posten des Außenministers an die SPLM, der des Erdölministers an die NCP (zur Verteilung der Kabinettsposten vgl. Schaubild 1).

Drängend wurde mit der Verfassungsannahme und dem Eintritt in die Interimsperiode die Bildung der neuen *Regierung der nationalen Einheit* (Unity Government), zumal die alte Regierung mit dem Rücktritt von Innenminister Generalmajor Husain sowie dem Ausscheiden des Informationsministers und des Tourismusministers Erosionstendenzen zeigte.

War das Hauptziel der Bildung der neuen Regierung zwar die angemessene Repräsentanz des Südsudan innerhalb des Kabinetts, so galt besonderes Augenmerk aber auch der möglichst breiten Einbindung der Opposition. Während mit der SPLM unter ihrem neuen Führer Salva Kiir das beiderseitige Bemühen um die Umsetzung des Friedensprozesses fortgesetzt wurde und bis auf die Querelen um die Besetzung des einflussreichen Ministeriums für Bergbau und Energie (= Erdöl) eine schnelle Einigung über die Vertreter des Südsudan in der Regierung der nationalen Einheit erzielt wurde (Kabinettsvereidigung am 20. September 2005),³ verliefen die Gespräche mit der Opposition äußerst schwierig. Zwar kam es bereits am 16. Januar 2005 in Kairo nach langen vorausgehenden Verhandlungen zwischen der National Democratic Alliance (NDA) und der sudanesischen Regierung zu einer Absichtserklärung über die grundsätzliche Bereitschaft, die Probleme auf dem Verhandlungsweg zu lösen. Dabei zählten die Aufhebung des seit 1989 verhängten Ausnahmezustandes, die Beteiligung der NDA am politischen Leben und die Integration der Rebellenstreitkräfte in die regulären Streitkräfte zu den Hauptforderungen der NDA. Aber konkrete Differenzen und die mangelnde Kompromissbereitschaft beider Seiten verhinderten eine schnelle Annäherung. Eine Beteiligung an einer

rat der SPLM wählte am 1. August den bisherigen Stellvertreter Garangs, Generalleutnant Salva Kiir Mayardit, zu dessen Nachfolger. Am 10. August reiste Salva Kiir erstmals nach Khartum, wo er am 11. August als neuer Vizepräsident (und Chef der GoSS) vereidigt wurde. Neuer stellvertretender südsudanesischer Regierungschef wurde am 17. August Dr. Riek Machar. Zur Biographie von Kiir vgl. Jeune Afrique/L'Intelligent, Paris, 07.08.2005 (L'Anti-Garang).

³ Vgl. zur Kabinettsliste Sudanese Media Centre Website, 20.09.2005.

„transitional“ government lehnte die NDA ab. Selbst dem sog. *Comprehensive Peace Agreement* zwischen Regierung und NDA, das am 18. Juni 2005 in Kairo in Anwesenheit von Präsident Mubarak und Präsident Bashir geschlossen wurde und das gerade die Einbindung der NDA in die neuen Regierungsstrukturen herbeiführen sollte, erzielte keinen Erfolg, weil die NDA insbesondere bei der nun nicht mehr ausgeschlossenen Regierungsbeteiligung auf mehr Sitzen bestand, als ihr im CPA vom 9. Januar (mit 14%) zugestanden worden waren.

Die Umma-Partei Sadiq al-Mahdis distanzierte sich sogar vom NDA-Abkommen mit der Regierung. Sie lehnte den Friedensvertrag mit der SPLM als „Kuhhandel“ zwischen zwei nicht demokratisch legitimierten Partnern an, die folglich keinerlei legale Regierung bilden könnten. Eine Beteiligung an einer wie auch immer gearteten Regierung komme daher nicht in Frage.

Über der Verfassungsfrage vertiefte sich die Spaltung innerhalb der NDA. Während sich am 22. Juni die Hauptströmung der NDA, die Democratic Union Party, mit 27 nachträglich nominierten NCRC-Mitgliedern doch noch an der Ausarbeitung der Interimsverfassung beteiligte und sich in separaten Abkommen mit der Regierung vom 4. und vom 15. September 2005 auf eine Regierungseinbindung verständigte, verharteten die Umma-Partei wie auch der Popular National Congress Turabis⁴ in ihrer ablehnenden Haltung. Der Friedensprozess zwischen Nord und Süd wird damit zumindest in seiner derzeitigen Form und Umsetzungsstrategie von zwei großen Segmenten der sudanesischen Gesellschaft nicht mitgetragen. Allerdings ging die Umsetzung des CPA trotz Verzögerungen aufgrund des Todes von Garang weiter. Dies war an der Einrichtung verschiedener Kommissionen abzulesen, die die im CPA vereinbarten Regelungen praktisch umsetzen sollten. Hierzu zählten:

- am 30. November 2005 die Einsetzung der von Präsident Bashir und Vizepräsident Kiir gemeinsam präsierten *National Oil Commission*, deren zentrale Aufgabe laut Dekret es sein soll, „to draw up the country's oil policy

⁴ Parteigründer Hasan al-Turabi wurde im Rahmen der Generalamnestie für politische Gefangene aus Anlass des Jahrestages der Rettungsrevolution am 30. Juni 2005 aus dem Hausarrest entlassen.

to provide an equal share of the wealth to the Northern and Southern States of Sudan“.

- am 22. November die Einsetzung der sog. Ceasefire Political Commission, die die Umsetzung, Einhaltung und Überwachung des ständigen Waffenstillstands garantieren und dabei eng mit der im Rahmen des CPA zur Stationierung vorgesehenen rd. 10.000 Mann umfassenden international zusammengesetzten UN Peace Keeping Force kooperieren soll. Die juristische Grundlage für die Stationierung der UN-Kräfte wurde mittels eines am 28. Dezember 2005 zwischen UN und sudanesischer Regierung unterzeichneten Abkommens geregelt.
- gleichfalls am 22. November die Berufung der Border Commission durch Präsident Bashir, deren Aufgabe es gemäß CPA-Auftrag ist, die Grenze zwischen Nord- und Südsudan definitiv festzulegen, eine Aufgabe, die wegen des Ölreichtums in der Grenzregion, insbesondere in der umstrittenen Region Abyei, von hoher Brisanz ist.
- am 29. Dezember die Bildung des 16köpfigen Joint Defence Council unter Leitung von General Abbas Arabi Abdallah und General Oyai Deng Ajak, der mit der Koordinierung der Streitkräfte von SAF und SPLA, der beiderseitigen Vertrauensbildung sowie der Aufstellung und Ausbildung der gemischten Einheiten betraut ist.

Hinzu kam am 4. Januar 2006 die Vereinbarung zwischen Regierung und SPLM über den Status von Khartoum als nationaler Hauptstadt. Dieser insbesondere wegen der Anwendung der Scharia lange umstrittene Status wurde gemäß den Bestimmungen der Interimsverfassung entschärft und die Einsetzung einer Unterkommission wurde beschlossen.

2.2. Die Entwicklung im Südsudan

Die derzeitige Entwicklung hat noch eine weitere Dimension: die Haltung der südsudanesischen Bevölkerung jenseits der SPLM/SPLA zum CPA lässt auf Ambivalenz schließen.

Die verfassungsmäßige Entwicklung ist positiv zu bewerten, zumal Salva Kiir als neuer SPLM-Führer und Chef der GoSS den Fortgang des Friedensprozesses nicht in Frage stellte. Die bereits in den Verhandlungen 2004 aufgestellte

Forderung nach einer eigenen Verfassung der südsudanesischen Staaten in der Interimsperiode wurde am 27. August 2005 in die Tat umgesetzt, als Vizepräsident Kiir eine 28köpfige Kommission unter Leitung von Dr. Akol Biir zur Ausarbeitung einer Verfassung berief. Der am 11. September vorgelegte Entwurf⁵ wurde nach der Zustimmung durch das südsudanesische Parlament von Vizepräsident Kiir am 6. Dezember in der südsudanesischen Hauptstadt Juba⁶ unterzeichnet. Die 170 Mitglieder des südsudanesischen Parlaments waren von Kiir am 20. September auf Vorschlag von Stammesführern ernannt worden und wählten am 29. September Generalleutnant James Wani Igga zu ihrem Vorsitzenden. Das südsudanesische Parlament diskutierte vom 10. Oktober an die neue Verfassung, wobei heftige Kritik von südsudanesischen Stämmen geäußert wurde, die sich vom Zugang zur Macht ausgeschlossen sahen. Das galt sowohl für die Bildung der GoSS als auch für die Besetzung der Ministerposten in den Regierungen der zehn südsudanesischen Bundesstaaten, die von Salva Kiir vom 20. November an vorgenommen wurde und in der Tat Angehörige des Dinka-Stammes bevorzugte.⁷

Die erste 18 Minister umfassende südsudanesische Regierung (GoSS) seit Unterzeichnung des CPA wurde von Salva Kiir am 23. Oktober berufen. 70% der Minister waren gemäß CPA-Bestimmungen SPLM-Repräsentanten, 15% waren Mitglieder der National Congress Party und nur 15% waren Vertreter anderer südsudanesischer Gruppierungen. Wegen der Dominanz der Dinka innerhalb der SPLM war zwangsläufig auch die SPLM-Repräsentanz innerhalb der GoSS stark dinkalastig, was heftige kritische Reaktionen anderer ethnischer Gruppen auslöste. Dieser Aspekt ist deshalb hervorzuheben, weil er Teil der insgesamt im Südsudan vorherrschenden Ressentiments gegen das autoritäre „System Garang“ ist, das de facto unter Salva Kiir fortbesteht. Die südsudanesischen

Oppositionsgruppen jenseits der SPLM stellen sich zwar nicht gegen den Frieden an sich, monierten aber ihren Ausschluss von den Friedensverhandlungen und befürchteten ein zukünftiges SPLM-(Garang-)Monopol im Südsudan. Auf verschiedenen Süd-Süd-Treffen, u.a. vom 18. bis 21. April 2005 und im Juli 2005 in Nairobi, gab es zwar ein Bekenntnis zum CPA, aber keine definitive Versöhnung zwischen der SPLA einerseits und den anderen ethnischen Gruppen sowie den militärischen Organisationen des Südsudan andererseits, die seit 1997 mit der Regierung in Khartoum kooperierten. So haben trotz UN-Drucks bislang nur die *Southern Sudan Defence Forces* (SSDF) unter Generalmajor Paulino Matip (und auch das erst nach dem Tode Garangs) ihrer Integration in die bewaffneten Streitkräfte des Südsudan zugestimmt. Dies wurde aber Mitte Januar bereits wieder zurückgenommen.

3. Die Perspektive der Friedenskonsolidierung

Die Einschätzung der zukünftigen Entwicklung im Gesamtsudan und die Bewertung der sich mit dem CPA ergebenden Friedensperspektive ist ambivalent, weil sich positive und negative Faktoren gegenüberstehen. Positiv zu vermerken sind das bislang zumindest offiziell ungebrochene Bekenntnis zum Friedensprozess beider Seiten und die Umsetzung der im CPA festgeschriebenen institutionellen Regelungen trotz des unerwarteten Todes des bereits jetzt als „historisch“ geltenden SPLM-Führers John Garang. Der institutionelle Neuanfang im Südsudan und die gemeinsamen Anstrengungen in den gemischten Kommissionen bilden die Grundvoraussetzung für jegliche weitere Kooperation und Entwicklung. Diese Schritte gründen auf dem Vertrauen, das sich seit den Machakos-Verhandlungen 2002 eingestellt und letztlich auch dazu beigetragen hat, dass der vereinbarte Waffenstillstand ein „ständiger“ geworden ist. Außenminister Dr. Lam Akol sagt deshalb zu Recht mit gewissem Stolz, dass „peace a living reality in Southern Sudan“ geworden sei. Direkte Folge ist nicht nur die Rückkehr hochrangiger Oppositioneller aus dem Ausland, wie von Pater Philip Abbas Ghabush (Führer der südsudanesischen Sudanese National Party) am 11. Januar 2006, oder die Absetzung von Generalmajor a.D. Domino Cassiano Bakhit von seinem Posten als

⁵ Vgl. Khartoum Monitor, 15.09.2005 (A critical look at the new drafted South Sudan Constitution).

⁶ De facto ist derzeit Juba als größte Stadt des Südsudan Sitz der GoSS; es gibt aber Pläne, Rumbek (Sitz der SPLM) zur neuen Hauptstadt zu machen.

⁷ Hinsichtlich der von Vizepräsident Kiir am 22. September ernannten Walis für die zehn südlichen Bundesstaaten ist der Vorwurf allerdings nicht so explizit aufrechtzuerhalten. Vgl. die Liste der zehn neuen Walis in: BBC Global Monitoring, 22.09.2005 (Southern governors).

Führer der südsudanesischen Sudan National Labour Party, „due to what the party calls inefficiency and inability to lead a political party in the aftermath of the historic CPA“, sondern auch die einsetzende Rückkehr südsudanesischer Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Ausland (z.B. Uganda, Äthiopien) und dem Nordsudan. Zugleich haben erste wirtschaftliche Wiederaufbaumaßnahmen begonnen.

Trotz all dieser positiven Schritte dürfen jedoch die negativen Aspekte nicht übersehen werden, die den Friedensprozess längst noch nicht zu einem solchen machen, der den „point of no return“ überschritten hat. Dies gilt zum einen für die anhaltende Bürgerkriegslage im Lande, wo trotz Verhandlungsansätzen in Nigeria und Libyen für die großflächigen Konflikte in Darfur und Ostsudan noch keine Aussicht auf Frieden besteht;⁸ beide Konfliktlagen strahlen in den Südsudan⁹ aus und belasten sowohl die politischen Abläufe als auch den angestrebten wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die zarten Friedensbemühungen zwischen Regierung und NDA sind gleichfalls gefährdet, weil die Regierung ihre Zusagen nur zögerlich umsetzt und die NDA folglich im Januar 2006 drohte, die Zusammenarbeit einzustellen.

Am gravierendsten für den Friedensprozess ist jedoch das Fortbestehen der eingangs erwähnten Konfliktdimensionen, die gegenwärtig höchstens temporär abgemildert erscheinen. Dieses historische Legat ist aber weit davon entfernt, überwunden zu sein. Unter diesem Blickwinkel erscheint denn auch die derzeitige Autonomie des Südsudan (finanziell abgesichert durch den 50%igen Anteil an den Erdöleinnahmen und die Präsenz der UN-Friedenstruppe), dessen Beharren auf eigener Flagge, eigenen Streitkräften und eigener Währung sowie auf den Ausbau einer eigenen Kommunikationsstruktur, die lokale Vergabe von Erdölkonzessionen etc. nur als Vorlauf für das Votum zugunsten eines unabhängigen Südsudan beim vertraglich kodifizierten Selbstbestimmungsreferendum 2011. Wie darauf aber trotz CPA das Regime in Khar-

tum reagieren wird, ist noch völlig offen. Bereits jetzt kursieren Szenarien à la Somalia.¹⁰

Literaturhinweise

- International Crisis Group (2006): Sudan: saving peace in the East, in: Africa Report, Brüssel, Nr. 102.
- International Crisis Group (2005): Garang's death: implications for peace in Sudan, in: Africa Briefing, Brüssel, Nr. 30.
- International Crisis Group (2005): A new Sudan Action Plan, in: Africa Briefing, Brüssel, Nr. 24.
- International crisis Group (2005): The Khartoum – SPLM Agreement: Sudan's uncertain peace, in: Africa Report, Brüssel, Nr. 96.
- Rolandsen, Oystein (2005): Guerilla government. Political changes in the Southern Sudan during the 1990s. Uppsala: Nordic Africa Institute.
- Mattes, Hanspeter (1987 ff.): Sudan, in: Nahost-Jahrbuch 1987 ff. Opladen bzw. Wiesbaden.
- Mattes, Hanspeter (2004): Sudan Sommer 2004: Auf dem Weg zum Frieden im Süden, Krieg im Westen und anhaltender Konflikt mit der Opposition. Hamburg, DOI Focus.

⁸ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 16.01.2006 (Friedensbemühungen in Darfur für gescheitert erklärt). Im Ostsudan kam es Mitte Januar 2006 zu größeren militärischen Aktionen.

⁹ So gab es Anfang Januar in Hamesh Koreb Spannungen zwischen Einheiten der SAF und der SPLA.

¹⁰ Vgl. Al-Ahram, Kairo, 03.01.2006 (Al-Sudan fi muf-taraq turuq).

■ Der Autor

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des Deutschen Orient-Instituts.
E-Mail: mattes@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/mattes>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das GIGA beschäftigt sich im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewaltdynamiken und Sicherheitskooperation“ mit der politischen Entwicklung von Konflikt- und Postkonfliktgesellschaften; aus der Region Nordafrika, Nah- und Mittelost sind dies gegenwärtig prioritär der Sudan und der Irak.

Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien – ist einer der größten europäischen Think Tanks für *area studies* und *vergleichende area studies*. Thematisch befasst sich das GIGA mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Afrika, Asien, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten sowie mit globalen Herausforderungen. Die Umstrukturierung des vormaligen Deutschen Übersee-Instituts ist inzwischen weit fortgeschritten und verbessert die Möglichkeiten, Forschungsergebnisse in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft zu vermitteln. Neben den etablierten Regionalinstituten (Deutsches Orient-Institut, Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde) sorgen drei neue übergreifende Forschungsschwerpunkte für einen regional vergleichenden Blick auf zentrale Phänomene einer zunehmend globalisierten Entwicklung, die gleichzeitig Chancen und Probleme in sich birgt.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien – in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Nahost wird vom Deutschen Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des / der jeweiligen Autors / Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, D-20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Deutsches Orient-Institut

www.giga-hamburg.de/giga-focus

IMPRESSUM